

7. Als Beispiel der Umdichtung antiker Stoffe sei der sehr dichterische und durch v. Heiseler in ein sehr glückliches Deutsch gebrachte Zweiakter eines türkischen Dramatikers genannt: Helena, der Inbegriff der europäischen Schönheit und des Glückes, die nach Asien entführt wurde und zehn Jahre auf ihre Errettung wartete, bleibt nach der Zerstörung Trojas freiwillig dort, weil die Griechen (Europäer) bei ihrer Eroberung solche Grausamkeiten und Schandtaten verübten und nur an Raub und Plünderung dachten.

Hubert Becher SJ

Die Bodenreform in der Sowjetzone

GERHARD NEUHAUS

In seinem Aufsatz über „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, den er kurz vor dem XIX. Parteitag der KPdSU in der Moskauer Zeitschrift „Bolschewik“¹ veröffentlichte, kam Stalin nicht um das indirekte Geständnis herum, daß es den Bolschewiken in dreieinhalb Jahrzehnten totalitärer Herrschaft nicht gelungen sei, die letzten Spannungen zwischen den in der Landwirtschaft tätigen Menschen und dem städtischen Industrieproletariat zu beseitigen. Im Grund handelt es sich dabei um den Gegensatz zwischen der Bauernschaft und der bolschewistischen Partei- und Staatsbürokratie bzw. um die Kontroverse zwischen Bauerntum und Kommunismus schlechthin. Dieses Problem ist nicht etwa typisch russisch, es ist vielmehr so alt wie der Kommunismus selbst und trat bisher ausnahmslos in allen Ländern auf, die vom Kommunismus befallen wurden. Überraschend daran ist allenfalls die Tatsache, daß die bäuerlichen Widerstandsregungen sich ungeachtet jahrzehntelangen blutigen Terrors selbst in dem bis zu einem hohen Grad bereits entwurzelten sowjetrussischen Kolchosenproletariat bis auf den heutigen Tag lebendig zu erhalten vermochten.

Die marxistische Theorie

Als Marx seine folgeschwere Gesellschaftskritik konzipierte, unterließ er es zunächst, dem Bauernstand einen festen Platz in der geplanten neuen Gesellschaftsordnung anzuweisen. Nicht als ob etwa dieses Standes in dem umfangreichen Werk des großen Theoretikers überhaupt nicht gedacht worden wäre. Aber Marx wußte mit ihm, der sich in seiner patriarchalischen Gegebenheit so gar nicht in die Schubfächer seines Systems pressen ließ, nichts Rechtes anzufangen. Das änderte sich auch späterhin nicht, solange

¹ Bolschewik, Moskau, 15. September 1952. Deutsche Übertragung in: *Ost-Probleme*, Bad Godesberg, Nr. 42 vom 18. 10. 1952, S. 1393 ff.

die Revolution Theorie blieb. Zwar pirschte sich Engels an das verfängliche Problem heran und versuchte u. a. mittels einer eigenen Darstellung des deutschen Bauernkrieges auch das Dorf in den proletarisch-revolutionären Bereich einzubeziehen, und auch bei Bebel finden sich vereinzelte Geständnisse, daß man das flache Land vernachlässige, sowie zaghafte Versuche, den Klassenkampf auch in das Dorf hinauszutragen. In der Praxis aber gingen auch Bebels Bemühungen über die wenig erfolgreiche Sammlung bäuerlicher Wählerstimmen kaum hinaus.

Aktuell wurde der Klassenkampf auf dem Dorf erst mit dem von Lenin geforderten Aufkommen von Berufsrevolutionären in dem vorwiegend agrarischen Rußland der Jahrhundertwende. Zweifellos boten die Verhältnisse im damaligen russischen Dorf der Revolution breite Angriffsflächen für eine massive propagandistische Arbeit. Indessen entging es Lenin keineswegs, daß zwei so heterogene Elemente wie das bäuerliche und das industrieproletarische sich, wenn überhaupt, dann nur unter größten Schwierigkeiten unter einen Hut bringen lassen. Schon 1907 beklagte er sich über die zwiespältige Haltung und die zwiespältige Rolle der Bauernschaft² und in seinen „Briefen über die Taktik“ lehnte er 1917 die Parole von der „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ als „sinnlos“ ab und fragte: „Und die Masse der Bauern — ist sie nicht auch eine Bourgeoisie, nur einer anderen Schicht, einer anderen Art, anderen Charakters?“³ Zwei Jahre später klassifizierte er sie als Kleinbürgertum par excellence und fällte über sie das im bolschewistischen Sinn vernichtende Urteil: „Die Bauernschaft bleibt nach wie vor ein warenproduzierender Kleinbetrieb. Hier haben wir eine außerordentlich breite und sehr tief und fest wurzelnde Basis des Kapitalismus“⁴ und: „Der Bauer als Getreideverkäufer neigt zur Bourgeoisie, zum freien Handel hin, d. h. zurück zum Kapitalismus.“⁵ Dies war nur eine präzisiertere und durch die Erfahrung inzwischen erhärtete Formulierung seiner Voraussage von 1913, im revolutionären Ernstfall werde die Bauernschaft sich „auf die Seite der Ordnung“ — und zwar der alten, vorrevolutionären Ordnung — schlagen.⁶

Nicht mit Unrecht empört sich der Engländer Crankshaw über die Hinterhältigkeit der Bolschewiken, die am Vorabend der Revolution u. a. versprochen hatten: „Auf landwirtschaftlichem Gebiet würden die früheren großen Güter in genossenschaftliche Großbetriebe umgewandelt werden. Im übrigen würde das Land den Bauern gegeben werden mit der Maßgabe, daß sie damit tun könnten, was sie wollten, daß sie aber kein Netzwerk unwirtschaftlicher Zwergbetriebe über das Land breiten dürften“,⁷ während sich die Praxis dann ganz anders entwickelte: „Statt einer Mischung von Genossenschaften und freien Bauern gibt es heute striktesten Zwangskollek-

² *W. I. Lenin*, Marx — Engels — Marxismus (Auswahlband), Moskau 1947, S. 172.

³ *Lenin*, a. a. O. S. 288.

⁴ *Lenin*, a. a. O. S. 376.

⁵ *Lenin*, a. a. O. S. 338.

⁶ *W. I. Lenin*, Ausgewählte Werke, Moskau 1946, Band I, S. 70.

⁷ *Edward Crankshaw*, Risse in der Kremlmauer, Stuttgart 1953, S. 73.

tivismus, der den Bauern mehr und mehr zum Staatssklaven erniedrigt hat.“⁸ Lenin selbst aber wirft er vor: „Er belog sie schamlos und massiv, indem er sie z. B. aufforderte, sich Land zu nehmen, obwohl er genau wußte, daß er es ihnen alsbald wieder wegnehmen würde.“⁹ Der Vorwurf trifft Lenin nicht unverdient. Sein Mißtrauen gegen die Bauern war unbegrenzt, und er leitete daraus offenbar die Berechtigung ab, sie zu hintergehen. So schrieb er z. B.: „Aufgabe der sozialistischen Ökonomie ist es, ... die Ausweglosigkeit der Bauernwirtschaft unter dem Kapitalismus, die Notwendigkeit des Übergangs des Bauern auf den Standpunkt des Proletariats (nachzuweisen)“¹⁰ oder noch deutlicher: „Zunächst unterstützen wir bis zum Ende, mit allen Mitteln, bis zur Konfiskation, den Bauern überhaupt gegen den Gutsherrn; danach aber (sogar nicht danach, sondern gleichzeitig) unterstützen wir das Proletariat gegen den Bauern überhaupt.“¹¹

Die kommunistische Praxis

Die Praxis der ersten Sowjetjahre schien Lenins Befürchtungen hinsichtlich der Bauern in allen Punkten Recht zu geben und zwang die Bolschewiken zu dem als „Überwindung des Kriegskommunismus“ bekannten Rückzug und zu dem für sie so bitteren Kompromiß der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP). Zwar hatte eines der ersten Gesetze des jungen Sowjetstaates unmittelbar nach der Oktoberrevolution jedes persönliche Eigentum an Grund und Boden aufgehoben. Aber die tonangebende Schicht im Dorf blieben nach wie vor die ehemaligen größeren und mittleren Grundeigentümer (Kulaken), denen jetzt die NEP alle Tore zum Schwarzhandel öffnete. Erst nach Lenins Tod gelang es Stalin, in fünfzehnjährigem blutigem Kampf den Widerstand der Bauern zu brechen und an ihre Stelle ein wurzelloses, nur noch den Weisungen der Staats- und Parteifunktionäre gehorchendes Agrarproletariat zu setzen. Dieser Kampf gegen das Bauerntum beherrscht bis heute die sowjetische Innenpolitik. Er spiegelt sich wider in der sowjetischen Literatur von Isaak Babel bis Michail Scholochow, und er bildet mindestens das Thema Nummer zwei der stalinistischen wie auch der nachstalinischen Parteigeschichte.

Es stört dabei die verantwortlichen Kremlinstanzen nicht im geringsten, daß ihre agrarpolitischen Bemühungen bisher noch nicht von Erfolg gekrönt wurden, ja daß sogar die ganze vierzigjährige Entwicklung in der UdSSR wie auch die Entwicklung in den sogenannten Volksdemokratien und in der deutschen Sowjetzone ein einziger Beweis gegen die kommunistische Agrarkonzeption ist. So berichtet der sowjetrussische Emigrant Herman Achmi-

⁸ Crankshaw, a. a. O. S. 75.

⁹ Crankshaw, a. a. O. S. 70.

¹⁰ W. I. Lenin, Marxismus und Revisionismus (1908) in: Ausgewählte Werke, Moskau 1946, Band I, S. 77.

¹¹ W. I. Lenin, Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung (1905) in: Ausgewählte Werke, Moskau 1946, Band I, S. 541.

now: „Chruschtschow gab in seiner Rede vom 3. September 1953 einige Geheimnisse der Sowjetlandwirtschaft preis... Nach diesen Angaben betrug die Zahl der Kühe in Rußland auf vergleichbarem Territorium im Jahre 1916 rund 28,8 Millionen, im Jahre 1941 etwa 27,2 Millionen¹² und im Jahre 1953 nur 24,3 Millionen Stück. Die Regierung der Sowjetunion hatte somit im Jahre 1953 weniger Fleisch, Milch und Milchprodukte zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung als die zaristische Regierung am Vorabend der bolschewistischen Revolution, während die Bevölkerung des Landes während dieser Zeit um rund 50 Millionen Menschen angewachsen war.“¹³ Die erwähnte Chruschtschow-Rede bedeutete ein ziemlich offenes Eingeständnis der Tatsache, daß die Kollektivierung in der Landwirtschaft nicht zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, sondern eher noch zu dessen Gegenteil geführt habe. Trotzdem spricht gerade Chruschtschow, der schon seit Jahren die Errichtung riesiger Mammutkolchosen und die Anlage sogenannter „Agro-Städte“ befürwortet, fanatischer als alle anderen Sowjetführer einer immer noch totaleren Kollektivierung das Wort. Achminow weiß auch dafür eine Erklärung: „Es kommt den Sowjetführern nicht so sehr darauf an, das Land gut zu regieren, als darauf, das kommunistische Programm zu verwirklichen, von dem Marx und Engels gesagt haben, daß man es in einer Forderung zusammenfassen könne: Aufhebung des Privateigentums.“¹⁴

Die Väter des heutigen Kommunismus waren um die Mitte des vorigen Jahrhunderts über das Studium der damaligen Lage der Fabrikarbeiterschaft — und zwar speziell der englischen — zu ihren Schlußfolgerungen gelangt. Die Liniengläubigkeit ihrer Nachfahren und deren starres Festhalten an irrigen oder längst überholten Voraussetzungen bringen es mit sich, daß die auf gänzlich anderen Elementen als die Industrie fußende Landwirtschaft, so wie einst für Marx und Engels, nunmehr auch für sie zu einem unverdaulichen Objekt geworden ist. „Unser Land“, verkündete Stalin im Dezember 1925 auf dem XIV. Parteitag der Bolschewiken, „aus einem Agrar- in ein Industrieland zu verwandeln, das imstande ist, aus eigener Kraft die notwendige Produktionsausrüstung zu erzeugen, das ist das Wesentliche, der Grundgedanke unserer Generallinie.“¹⁵ Man ließ Rußland zwar Agrarland bleiben, versuchte aber seine Landwirtschaft in eine staatliche Mammutindustrie umzuwandeln. Seitdem erlebt die Welt, wie die Kolchosen wachsen und die Bauern sterben — nicht nur im Herzland des Kommunismus, sondern auch in den neueroberten Kolonien des Kreml von der unteren Elbe bis zur unteren Donau, wo die Bauern verdrängt, gehängt oder depor-

¹² In der Wiedergabe dieser Rede Chruschtschows im Moskauer Regierungsorgan „Iswestija“ am 15. September 1953 lautet die Zahl für 1941: „27,8 Millionen“. Vgl. Ost-Probleme Nr. 42/1953, S. 1788 ff., insbesondere S. 1791 (Tabelle).

¹³ *Herman Achminow*, Diktatur ohne Diktator, herausgegeben vom Zentralverband der politischen Emigranten aus der UdSSR (ZOPE), München 1956, S. 9.

¹⁴ *Achminow*, a. a. O. S. 10.

¹⁵ Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) — Kurzer Lehrgang, Berlin 1946, S. 334.

tiert wurden oder durch die Lücken des Eisernen Vorhanges in freie Länder flüchteten und wo die Lebensmittelkarte als Dauereinrichtung zum Merkmal kommunistisch registrierter Völker geworden ist.

Was Lenin und insbesondere Stalin in der Landwirtschaft ihres Machtreiches vorexerziert hatten, das wiederholte sich nach 1945 in nur wenig abgewandelten Formen in allen Ländern des heutigen volksdemokratischen Gürtels, vor allem aber in der deutschen Sowjetzone, in welcher der sowjetische Einfluß von Anfang an am stärksten war und deren Kommunistenführer zu den bedingungslosesten Nachbetern des sowjetischen Beispiels gehörten und gehören.

In der Sowjetzone

Das Gebiet der heutigen Sowjetzonen-Republik hatte bis zum zweiten Weltkrieg zu den landwirtschaftlich ertragreichsten Landstrichen Europas gehört. Insbesondere der Norden des Landes mit den Provinzen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg galt zusammen mit den 1945 durch die Potsdamer Beschlüsse abgetrennten östlichen Provinzen geradezu als klassische Agrar-Ecke des Reiches. So umstritten auch die landwirtschaftliche Betriebsstruktur dieses Gebietes gewesen sein mochte, in dem der Großgrundbesitz politisch und gesellschaftlich eine dominierende Stellung einnahm, so unbestritten war andererseits die überragende Rolle, die diese Länder als Erzeuger insbesondere von Roggen, Kartoffeln und Zuckerrüben im Rahmen der vorkriegsdeutschen Lebensmittelversorgung spielten. Nach J. Peter Nettl brachte die heutige Sowjetzone 1936 an Roggen und Kartoffeln 38% der gesamten Ernte des durch das Abkommen von Potsdam übriggebliebenen Rumpfd Deutschlands hervor und besaß 48% aller Schafe und 23% des gesamten Milchviehbestandes des gleichen Gebietes.¹⁶ „Die Zuckerproduktion (der Zone) deckte (1936) den gesamten deutschen Eigenbedarf vollständig; Deutschland konnte sogar — wenn auch nur in kleinen Mengen — Zucker exportieren.“¹⁷ Heute existiert die Sowjetzone als ein vom mehr als doppelt so großen westlichen Deutschland abgeschlossenes eigenstaatliches Gebilde, in dem, wie man bei oberflächlicher Betrachtung annehmen möchte, der industrielle und der agrarische Sektor einander in mancherlei Hinsicht vorteilhaft ergänzen könnten.¹⁸ Dem ist indessen nicht so. Während das westliche Deutschland bald nach der Reform seiner Geldwährung auch wieder in geordnete Bahnen der Wirtschaft und der Lebensmittelversorgung zurückfand, vermochte sich der Lebensstandard der sowjetzonen-

¹⁶ Vgl. J. Peter Nettl, *Die deutsche Sowjetzone heute*, Verlag der Frankfurter Hefte, Frankfurt/Main 1953, S. 127.

¹⁷ Nettl, a.a.O. S. 149.

¹⁸ Vgl. Nettl, a.a.O. S. 153. Laut Nettls Tabelle 12 trafen 1946 in der SBZ auf je 100 Einwohner 34 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, davon 27 ha Ackerland. Die Durchschnittszahlen für Gesamtdeutschland waren zur gleichen Zeit: 31 bzw. 20 ha; für die britische Besatzungszone sogar nur 25 bzw. 15 ha. Seitdem haben die Kommunisten alles unternommen, um den Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Gesamtfläche der Zone möglichst zu vergrößern.

len Bevölkerung über den nach dem Kriege eingetretenen Tiefststand bisher nur zögernd zu erheben, und gelegentliche Anläufe nach oben werden periodisch von sehr realen Rückschlägen abgelöst, die sich zeitweilig sogar als empfindliche Versorgungsstörung, um nicht zu sagen: als Hungersnot, bemerkbar machen.

Mancherlei ließe sich zur Erklärung dieser unterschiedlichen Entwicklung anführen. Zum Beispiel der Umstand, daß die wirtschaftlich stärkste der drei westlichen Besatzungsmächte, die USA, schon frühzeitig durch großzügige Investitionen entscheidend zu der überraschend schnellen Gesundung der westdeutschen Wirtschaft beigetragen hat, während die sowjetische Besatzungsmacht nicht nur keinen Rubel in die sowjetzonale Wirtschaft steckte, sondern ganz im Gegenteil an Werten aus ihrer Zone zog, was sich nur herausziehen ließ. Soweit es sich aber um die anhaltende Lebensmittelnot der Sowjetzone handelt, reichen derartige Erklärungen nicht aus. Die Gründe hierfür sind vielmehr in der seit 1945 verfolgten kommunistischen Agrarpolitik zu suchen.

Bodenreform erste Phase

Das hölzerne Pferd, in dessen Bauch der kommunistische Kollektivismus in die Landwirtschaft der Sowjetzone eingeschmuggelt wurde, war die Bodenreform. Die deutschen Kommunisten gingen dabei den deutschen Bauern gegenüber mit der gleichen Hinterhältigkeit vor wie einst die Bolschewiken in Rußland. So erklärte Wilhelm Pieck auf einer Bauernkonferenz in Kyritz am 2. 9. 1945: „Auch die von den Feinden der Bodenreform oft kolportierte Behauptung, daß die KPD eine Kollektivisierung der Bauernwirtschaften herbeiführen will, entbehrt jeder Grundlage. Das bäuerliche Privateigentum soll vollständig erhalten bleiben.“¹⁹ Noch 1947 erschien eine parteiamtliche Broschüre über die Bauernpolitik der SED, in der es ausdrücklich hieß: „Das bäuerliche private Eigentum wird von uns geschützt. Die Bestimmungen, die in dem Verfassungsentwurf der SED enthalten sind, unterstreichen dies ganz besonders.“²⁰ Dies war natürlich bewußte Lüge. Aber einmal glaubte man die Mentalität der deutschen Bauern und Landarbeiter dahingehend zu verstehen, daß man sich eine sofortige Beseitigung allen landwirtschaftlichen Privateigentums und seine Überführung in Kollektivbesitz wenigstens zum damaligen Zeitpunkt noch nicht erlauben durfte. Zum andern stand man vor der Notwendigkeit, in absehbarer Zeit Wahlen abzuhalten, für die man auch die Stimmen der Bauern und Landarbeiter gewinnen wollte; durch sofortige Kollektivierung hätte man sie abgestoßen. Drittens stand man in der Lebensmittelversorgung kurz nach dem Krieg vor einem Nichts. Man brauchte also die Bauern, um erst einmal die am Boden liegende Landwirtschaft wieder leistungsfähig zu machen; auf Grund der

¹⁹ Vgl. Chronologische Materialien zur Geschichte der SED, Dokumentation des Informationsbüros West, Berlin 1956, S. 11.

²⁰ R. Reutter, Die Bauernpolitik der SED, Dietz-Verlag, Ostberlin 1947, S. 30.

sowjetrussischen Erfahrungen wußte man nur zu gut, daß dies nur möglich sein werde, wenn man den Leuten das Land zunächst zu eigen gab.

Die Kommunisten gingen dabei psychologisch nicht ungeschickt vor. „Das Schlagwort ‚Junkerland in Bauernhand‘ war 1945 zweifellos eine wirksame Parole. Die Opposition gegen die Bodenreform richtet sich daher auch im allgemeinen nicht gegen die Notwendigkeit, sondern gegen die Art ihrer Durchführung.“²¹ Den Pferdefuß, die spätere mehr oder weniger zwangsweise Kollektivierung, verbargen die Kommunisten während der ersten Phase der sowjet-deutschen Agrarreform sorgfältigst. Karl C. Thalheim meint dazu: „Sicherlich gingen die Absichten der sowjetischen Urheber der Bodenreform nicht auf einen dauernden Bestand der neugeschaffenen individualbäuerlichen Wirtschaften — wie paßte das auch zu einer Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung, die grundsätzlich den Kollektivismus als erstrebenswertes Ziel ansieht? —, sondern die (mit durchschnittlich 7—8 ha viel zu kleinen) Neubauernhöfe sollten lediglich einen Übergangszustand zur späteren Kollektivierung in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bilden.“ Aber auch Thalheim ist der Ansicht: „Kein Zweifel kann aber wohl daran bestehen, daß die Neubauern in ihrer großen Mehrzahl an die Existenz dieses persönlichen Eigentums glauben.“²²

Die Bodenreform war, einen Tag nach der bereits zitierten Rede Piecks, am 3. 9. 1945 durch eine Verordnung der Provinzialverwaltung von Sachsen-Anhalt eingeleitet worden, der gleichlautende Verordnungen der übrigen vier Länder der Zone am 6., 7., 11. und 12. 9. 1945 folgten.²³ Im Zug dieser bis zum 1. Juli 1947 im wesentlichen abgeschlossenen Aktion wurden rund drei Millionen ha Grundbesitz, darunter etwa 1,9 Millionen ha landwirtschaftlicher Nutzfläche und rund 1 Million ha Wald, entschädigungslos enteignet. Die Zahlenangaben darüber schwanken bei den einzelnen Berichterstattem. So berichtet z. B. J. Peter Nettel²⁴ von 10266 von der Enteignung betroffenen Privatbetrieben und von 2089 Betrieben, die ehemals dem Staat, den Ländern, der NSDAP usw. gehört hatten. Er errechnet 162462 bisherige Landbesitzer und Kleinpächter, sowie 334333 bisher landlose Personen, zusammen also 496795 Privatpersonen, die durch die Bodenreform Land zugeteilt erhielten. Hingegen berichtet Edwin Hoernle,²⁵ der es als „Vater der Bodenreform“ in der Sowjetzone ja eigentlich wissen mußte, daß bis zum Herbst 1948 insgesamt an 528572 „persönliche Bodenwerber“ 66,9% des durch die Enteignungen entstandenen sogenannten „Bodenfonds“ verteilt worden seien; nämlich 2143727 ha. 29,4% (940274 ha)

²¹ Horst Duhnke, *Stalinismus in Deutschland*, Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1955, S. 115.

²² Prof. Dr. Karl C. Thalheim, Die „sozialen Errungenschaften“ der „Zone“, (Sonderdruck aus *Die Politische Meinung*, Köln, Oktober 1956, Heft 5) S. 12.

²³ Vgl. SBZ von 1945 bis 1954, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956, S. 18f. (Taschenausgabe: S. 24f.).

²⁴ Nettel, a. a. O. S. 157.

²⁵ Edwin Hoernle, Probleme der Agrarpolitik im neuen Deutschland, in: *Einheit*, Heft 11, November 1948, S. 1030f.

seien an die „öffentliche Hand und öffentlich rechtliche Korporationen“ übergeben worden und 1,2% (39730 ha) „in der Bewirtschaftung der Sowjetarmee verblieben“. „Noch unverteilt“ seien zu jenem Zeitpunkt 2,5% des Bodenfonds gewesen, nämlich 79730 ha. Aus diesen Zahlen errechnet sich ein Bodenfonds von 3203461 ha.

Am zuverlässigsten scheint hier ausnahmsweise eine halbamtliche sowjetzonale Quelle zu sein, eine 1947 erschienene Broschüre über „Die Bodenreform in Deutschland mit Zahlen und Dokumenten“.²⁶ Diese auf dem Stand vom 1. Juli 1947 fußende Zusammenstellung nennt eine Zahl von 12355 enteigneten Betrieben. In den Bodenfonds wurden dieser Quelle zufolge 3041500 ha enteigneten Grundbesitzes aufgenommen, davon 1884300 ha landwirtschaftliche Nutzfläche und 966700 ha Wald. Verteilt worden seien an 496795 (eine Zahl, die auch Nettl nennt) private Empfänger 2050900 ha, an öffentliche Körperschaften etc. 877200 ha, und nicht verteilt 113300 ha, was eine Summe von 3041400 ha ergibt, die um 100 ha von der in der gleichen Quelle genannten Zahl für den Bodenfonds abweicht. Die Zahl der Betriebe bis zur Größe von 100 ha, die 1939 insgesamt 555400 betragen habe, betrug nach derselben Quelle im Juni 1946 744800. Das ergibt in der Größenordnung bis zu 100 ha einen Zuwachs von 189400 Betrieben, also bedeutend weniger, als die sowjetzonale Propaganda bei anderen Gelegenheiten gern behauptete. Aus dem nichtverteilten Rest des Bodenfonds und aus großen Teilen des zunächst an öffentliche Körperschaften und ähnlichem vergebenen Landes gingen alsbald die ersten sogenannten „Volkseigenen Güter“ hervor, also das, was man in der UdSSR selbst unter „Sowchosen“ zu verstehen hat.

Immerhin genügte die runde halbe Million mit Land bedachter Klein- und Kleinstbauern den SED-Propagandisten jahrelang als Beweis für die Behauptung, von Kollektivierung könne gar keine Rede sein, da man doch im Gegenteil durch die Vergebung des Landes als größtenteils persönliches Eigentum geradezu eine neue, zahlenmäßig nicht unbedeutende Schicht privater Grundbesitzer geschaffen habe. Wider besseres Wissen stieß natürlich auch Hoernle in dieses Propagandahorn, wenn er „seine“ Bodenreform gegen die westliche Presse verteidigte: „Heute unterschiebt sie uns die Absicht, durch Zuteilung von lebensunfähigen Zwerghofstellen einen Zustand der Hoffnungslosigkeit unter den Neubauern schaffen zu wollen, um sie so zwangsmäßig zur ‚Kollektivisierung‘ reif zu machen.“²⁷ Vielleicht war es auch nur so etwas wie schlechtes Gewissen, was Hoernle auf solche Weise indirekt aus der Schule plaudern ließ. Denn tatsächlich sollte sich die ganze Aktion „Bodenreform“ sehr bald nur als erste Phase einer viel weiter zielenden Umschichtung der Besitzverhältnisse in Richtung auf die Sozialisierung hin erweisen. Durch die üblen russischen Erfahrungen gewitzigt, beschritten

²⁶ Die Bodenreform in Deutschland mit Zahlen und Dokumenten, bearbeitet von Heinrich Reuber und Bruno Skibbe, Deutscher Bauernverlag, Ostberlin 1947, S. 18 (Tabelle 9), S. 20 (Tabelle 10) und S. 22 (Tabelle 11).

²⁷ Hoernle, a.a.O. S. 1031.

die deutschen Kommunisten nur einen etwas weniger direkten Weg, indem sie das entschädigungslos enteignete Land zunächst einmal an die neuen Besitzer verkauften und so aus der Bodenreform neben dem politischen und propagandistischen Nutzen auch noch ein Geschäft für ihren Staat holten, wenn auch der Kaufpreis nur die verhältnismäßig geringe Summe des Gegenwertes von 20—30 Zentnern Roggen pro Hektar betrug und in Raten innerhalb von zwanzig Jahren abzuzahlen war.

Die unmittelbaren Nutznießer der Bodenreform waren in der Mehrzahl Flüchtlinge, Landarbeiter, landarme Kleinstbauern und durch den Bombenkrieg aus den Städten vertriebene Arbeiter und kleine Angestellte. Viele von ihnen mochten — und sollten — aus der Bodenreform zunächst das beruhigende Gefühl schöpfen, die Kommunisten seien besser als der ihnen vorausgegangene Ruf; denn sie nähmen nur den bösen Großen und gäben reichlich den armen Kleinen. Zudem war die Inangriffnahme wie auch die Durchführung der Aktion zwar auf sowjetische Veranlassung hin und mit den Kommunisten in vorderster Linie, immerhin unter Mitwirkung auch aller anderen Parteien erfolgt. Indessen dauerte es nicht lange, bis die Kommunisten auch in dieser Angelegenheit die alleinige Führung an sich rissen und die Bodenreform in eine „zweite Auflage des deutschen Bauernkrieges“ (Marx)²⁸ umzufälschen begannen. Freilich fehlte es schon in den Anfängen nicht an skeptischen Stimmen. Während der Kommunist Pieck am 19. September 1945 in Berlin großsprecherisch verkündete: „Der Bauer wird zum freien Herrn auf seiner Scholle“,²⁹ äußerte Otto Grotewohl, damals noch Sozialdemokrat, am 23. 10. 1945 über den Berliner Rundfunk die Befürchtung, der soziale Friede auf dem Lande könne „gefährdet werden, wenn wir durch unzureichende Besitzgrößen ein Bauernproletariat schaffen, das sich vergeblich nach Arbeit zur Verbreiterung der eigenen Ernährungsbasis umsehen muß“³⁰ — vermutlich ohne zu ahnen, wie recht er damit gegen seine eigenen späteren Ansichten hatte und in welcher Form seinen damaligen Bedenken heute Rechnung getragen wird.

Die zweite Phase

Das Ergebnis der Bodenreform waren größtenteils Zwergwirtschaften von 5—10, selten bis 20, häufig aber auch unter 5 Hektar. Die mittleren Bauern mit mehr als 20 ha Boden rückten nunmehr in die Klasse der Großbauern auf und mußten bald erkennen, daß ihnen nicht nur die Rolle, sondern auch das Schicksal der russischen Kulaken drohte. Als bald ging im Land das Ge-

²⁸ Marx-Engels, Briefwechsel, Moskau 1936, II. Band, S. 166. Die Stelle lautet: „Die ganze Sache in Deutschland wird abhängen von der Möglichkeit, die proletarische Revolution durch eine Art zweite Auflage des deutschen Bauernkrieges zu unterstützen“.

²⁹ Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Auswahlband, Dietz-Verlag, Ostberlin 1948, S. 71.

³⁰ Otto Grotewohl, Im Kampf um Deutschland, Reden und Aufsätze, Dietz-Verlag, Ostberlin 1948, I. Band, S. 58.

rücht von einer zweiten, die Bauern mit mehr als 20 ha Grundbesitz betreffenden Bodenreform um. Die SED dementierte. „Eine solche Absicht haben wir nicht, denn im Zweijahrplan haben wir ausdrücklich erklärt, daß die Bodenreform beendet ist“,³¹ behauptete Ulbricht noch im Januar 1949. Allerdings entschlüpfte ihm bei dieser Gelegenheit das gehässige Wort von den „Dorfreichen“, und in seiner Feststellung, „daß die demokratische Entwicklung im Dorfe zu langsam vor sich geht“,³² sowie in seiner Forderung, „daß tatsächlich die Neubauern und die Landarbeiter die Leitung (der kommunistischen landwirtschaftlichen Zwangsorganisation VdgB) in Händen halten“,³³ kündigte sich das heraufziehende Gewitter gegen die deutschen „Kulaken“ bereits deutlich an.

Die von der SED solange gelegnete zweite Phase der sowjetzonalen Agrarrevolution hatte indes schon geraume Zeit ihre Schatten vorausgeworfen, und sie lief gleichzeitig auf mehreren Wegen an. Sie begann mit Schikanen und einer immer offeneren Hetze gegen die „Großbauern“. Eine wichtige Rolle als Instrument des „Klassenkampfes auf dem Dorf“ spielte schon frühzeitig die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB) über die Duhnke berichtet, daß von ihren Mitgliedern bereits 1947 nicht weniger als 46,5% der SED angehörten.³⁴ Eine für die Kommunisten so wichtige Organisation durfte natürlich auf die Dauer keinerlei Konkurrenz neben sich dulden. So richtete sich der Kampf der SED vor allem gegen die noch bestehenden Raiffeisen-Genossenschaften. Am 19. 3. 1949 veranstaltete man in Berlin einen „Kongreß der ländlichen Genossenschaften Deutschlands“, der, unter der tatsächlichen Leitung der beiden Kommunisten Ernst Busse und Paul Merker stehend, den Beschluß faßte, innerhalb der sowjetzonalen Genossenschaften die Bezeichnung „Raiffeisen“ abzulegen. Die ehemaligen Raiffeisengenossenschaften wurden systematisch immer mehr verdrängt durch die kommunistisch orientierten „Landwirtschaftlichen Dorfgenossenschaften“, die „Vereinigung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe“ (VVEAB) und vor allem durch die VdgB, mit der sie schließlich durch Beschluß vom 20. 11. 1950 unter dem Namen „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handels-Genossenschaft)“ (VdgB [BHG]) zwangsweise verschmolzen wurden.³⁵ Ein anderes Werkzeug der roten Agrarpolitik waren von Anfang an die „Maschinen-Ausleih-Stationen“ (MAS), die ganz nach dem Muster der sowjetischen MTS aufgezogen wurden und Ende 1952 auch deren Namen „Maschinen-Traktoren-Stationen“ (MTS) übernahmen. Ihre Zahl hatte 1949 etwa 500 betragen, die für den 31. 12. 1955 vorgesehene Planstärke wurde mit 750 Stationen angegeben, während man

³¹ Walter Ulbricht, Unsere Wirtschaftspolitik 1949, Referat und Schlußwort auf der I. Parteikonferenz der SED, Dietz-Verlag, Ostberlin 1949, S. 40.

³² Ulbricht, a. a. O. S. 37.

³³ Ulbricht, a. a. O. S. 39.

³⁴ Duhnke, a. a. O. S. 122.

³⁵ Vgl. Der Freie Bauer, Ostberlin, Nr. 48 vom 26. 11. 1950. Ferner: K. von der Neide, Raiffeisens Ende in der sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1952, in der Reihe „Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland“, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen.

es tatsächlich allerdings nur auf 600 Stationen brachte. Ihre Bedeutung für die SED war stets vorwiegend politischer Art als „starke Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Land, die dazu beitragen, die Demokratisierung des Dorfes zu beschleunigen“.³⁶ Auch sie wurden in den heimlichen Kampf gegen die Großbauern eingespannt, indem ihnen verboten wurde, für Bauern mit mehr als sogar nur 10 (!) ha Land zu arbeiten. Gleichzeitig kletterten die Prozentziffern des Ablieferungssolls mit der steigenden Hektarzahl des Grundbesitzes in unerfüllbare Höhen. Immer neue Schikanen wurden ausgeheckt, so daß zahllose Bauern unter dem Druck dieser Verhältnisse nach dem freien Westen flüchteten, während man andere unter der landesüblichen Anschuldigung der Sabotage hinter Gitter steckte. Der Landbesitz der auf diese oder jene Weise zur Strecke Gebrachten verfiel auf dem Umweg über den Status eines „Örtlichen Landwirtschaftsbetriebes“ (OLB) der Kollektivierung. Insbesondere eine im Februar 1953 erlassene „Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung“ schuf die gesetzliche Möglichkeit, angeblich „heruntergewirtschaftete“ große Bauernwirtschaften an Kollektivgüter zu übergeben.³⁷

Inzwischen hatte man nämlich die Maske fallengelassen und war ganz offen zur Errichtung deutscher Kolchosbetriebe übergegangen. Zu diesem Zweck wurden zunächst drei Mustertypen von „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG) gegründet, zu denen die Bauern — jedoch nur die „werktätigen“, d. h. die kleinen, nicht jedoch die „Großbauern“ — sich wahlweise zusammenschließen konnten. Selbstverständlich stellen diese drei Typen nur drei verschiedene Grade der Selbständigkeitsaufgabe dar, und es konnte schon sehr bald kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß beispielsweise die Genossenschaften vom Typ I, deren Mitglieder zunächst nur ihr Ackerland zur gemeinsamen Bewirtschaftung einbrachten, allein schon unter dem Zwang der äußeren Umstände, aber auch unter dem irgendwann einsetzenden politischen Druck innerhalb einer gewissen Zeit die Wandlung zum Typ II durchlaufen, d. h. auch ihre Zugkräfte, Maschinen und Geräte an die Genossenschaft abgeben würden. Der Übergang zum Typ III, in dem neben Ackerland auch Wald, Wiese und Weide und neben Zugkräften, Maschinen und Geräten das Nutz- und Zuchtvieh an die Genossenschaft übergehen, dürfte nach einer weiteren Frist dann ganz von selbst erfolgen und hat sich inzwischen auch schon bei einer ganzen Reihe von Genossenschaften zwangsläufig ergeben. Vom sowjetrussischen Kolchos unterscheidet sich die LPG des dritten Typs nur noch durch das Eigentumsrecht am eingebrachten Boden, das den Mitgliedern vorerst wenigstens formell noch verbleibt. Im übrigen verwischt sich der Unterschied zwischen „Genossenschaft“ und „Kolchos“ von Typ zu Typ immer mehr. In einer ausgezeichneten Betrachtung über „Kolchos und Genossenschaft“ definiert Otto Schiller diesen Un-

³⁶ Entschließung der 17. Tagung des ZK der SED „Über die Entfaltung der politischen Massenarbeit im Dorfe und die nächsten Aufgaben in der Landwirtschaft“ in: Neues Deutschland, Ostberlin, 26. 1. 1954.

³⁷ Duhnke, a. a. O. S. 134 f.

terschied: „Gewisse Analogien zwischen Kolchosform und Genossenschaftsform können nicht über den Unterschied hinwegtäuschen, der darin besteht, daß die Genossenschaft einen Zusammenschluß freier und selbständiger Wirtschaftsindividuen darstellt, der Kolchosbetrieb dagegen einen Gemeinschaftsbetrieb, dessen Mitglieder ihre Selbständigkeit verloren haben.“³⁸

Die SED förderte den Anschluß an die Produktionsgenossenschaften durch Versprechungen, aber auch durch Drohungen und Erpressung. Die Weisung Ulbrichts auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 an die MAS und die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften, in erster Linie die Produktionsgenossenschaften zu unterstützen, ist von beiden Seiten sehr wohl als offenes Signal zum organisierten Boykott der freien Bauern verstanden worden. Anderseits winkten den zu Kreuz kriechenden neuen LPG-Mitgliedern eine Reihe teils wirklicher, teils scheinbarer, der Sowjetzonen-Regierung vom Politbüro der SED „empfohlener“ — und das bedeutet in jedem Falle soviel wie befohlener — Vergünstigungen. Das Ergebnis dieser zweiten Phase der sowjetzonalen Agrarrevolution von oben äußerte sich bis Ende 1954 einerseits in einem Anschwellen des entprivatisierten Sektors auf 33,7% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche (4% Volkseigene Güter, 14% in staatlicher Verwaltung und 15,7% LPG's), anderseits aber auch in einem Anschwellen des Kleinbauernanteils am bäuerlichen Flüchtlingsstrom von 40% im zweiten Quartal des Jahres 1953 auf über 83% im gleichen Zeitraum des Jahres 1954, was dann wieder zu einer immer spürbareren Verdünnung des Arbeitskräftebestandes in den Produktionsgenossenschaften führte und eine SED-Zeitung zu dem aufschlußreichen Seufzer veranlaßte: „Was uns fehlt, sind junge Menschen, die Lust und Liebe zur Landwirtschaft haben, denn das Durchschnittsalter unserer Genossenschaftsbauern ist 62 (!) Jahre.“³⁹

Inzwischen war die Stimmung unter den sich betrogen fühlenden Genossenschaftsbauern äußerst bedenklich geworden, und die bereits in den Typen I oder II zusammengeschlossenen Bauern begannen sich mit allen Mitteln jeder weiteren Entrechtung entgegenzustemmen. Auch zeigte sich immer deutlicher, daß die Rentabilität der Kolchose und Halbkolchose nicht annähernd die der noch frei bewirtschafteten Betriebe erreichte. Obwohl der 17. Juni 1953 auf dem Land verhältnismäßig ruhig verlaufen war, begann man in Pankow allmählich nervös zu werden. So entschloß sich das ZK der SED, die bereits am 23. 4. 1953 ausgegebene Parole „Industriearbeiter aufs Land!“⁴⁰ mit immer größerer Lautstärke zu wiederholen. Man suchte zuverlässig erscheinende SED-Genossen in den Fabriken zusammen und beorderte sie kurzerhand als Mitglieder in die LPG's, wo sie Land und Vieh erhielten und „durch vorbildliche Arbeitsleistungen und politische Aktivität das Vertrauen der Genossenschaftsbauern gewinnen“, d. h. sie antreiben und bespitzeln sollten. Im März 1954 stimmte dann der Chefideologe der

³⁸ Otto Schiller, Kolchos und Genossenschaft, in: *Osteuropa*, Stuttgart, Heft 1, Oktober 1951, S. 12ff.

³⁹ Märkische Volksstimme, Potsdam, Nr. 158 vom 9. 7. 1954.

⁴⁰ Chronologische Materialien zur Geschichte der SED, S. 377f.

SED, Fred Oelssner, auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz in Rostock auffallend versöhnliche Töne gegenüber den noch außerhalb einer LPG stehenden Einzelbauern an,⁴¹ während allerdings tags darauf in Frankfurt/Oder, wo man offenbar den Schlangenbewegungen der Parteilinie nicht so rasch zu folgen vermocht hatte, gegen die gleichen Einzelbauern die weniger freundlichen Worte fielen: „Ohne Zweifel gehören die Einzelbauern zu der Schicht der Kleinproduzenten. Ihr Bewußtsein ist also noch nicht das eines klassenbewußten Arbeiters oder Genossenschaftsbauern, denn sie sind immerhin noch Besitzer von Produktionsmitteln, während die Genossenschaftsbauern sich bereits zu der Form des genossenschaftlichen Eigentums bekannt haben.“⁴² Der Sprecher dieser Sätze hatte offenbar zwar seinen Lenin, nicht aber die neuesten Direktiven der SED studiert.

Das Endziel

In den letzten Jahren hat sich das Tempo der Kollektivierung in der sowjetzonalen Landwirtschaft merklich verlangsamt. Die Gründe dafür dürften vermutlich in der zeitweiligen Unsicherheit der führenden Parteigremien nach dem XX. Parteitag der sowjetischen KP, zum Teil aber auch in einer gewissen Ratlosigkeit gegenüber dem stummen Widerstand eines immer noch großen Teiles der Bauernschaft zu suchen sein. Das gegenwärtige „Aufder-Stelle-treten“ bedeutet jedoch keineswegs, daß die Kommunisten auch nur im entferntesten an eine Änderung ihrer agrarpolitischen Endziele denken, die durchaus nicht etwa mit der Errichtung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften befriedigt sind. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß für die Kommunisten auch die Produktionsgenossenschaften nur eine Übergangserscheinung darstellen und am Ende des Weges der „Sowchos“, das „Volkseigene Gut“, die „volkseigene“, total mechanisierte und von allen Elementen des Bauerntums „gesäuberte“ Landwirtschaft steht. Diese Landwirtschaft würde dann eine Industrie sein wie jede andere auch, und die Ernte der landwirtschaftlichen Bodenfrüchte unterschiede sich dann etwa vom Abbau von Kohle oder Erz nur noch durch den Umstand, daß die erstgenannten alljährlich erst gesät und gepflanzt werden müssen, während die anderen nur einfach aus dem Boden geholt zu werden brauchen. So jedenfalls stellt sich der kommunistische Wunschtraum von der „sozialisierten“ Landwirtschaft dar.

So lange man noch um die Bauern kämpfen mußte, um sie wenigstens mit dem Gedanken der Produktionsgenossenschaft vertraut zu machen, war man natürlich mit der Verkündung des eigentlichen Fernzieles mehr als vorsichtig. Immerhin erklärte Fred Oelssner bereits am 20. 8. 1952 anläßlich einer Beratung des ZK der SED mit den Kreissekretären der Partei ziemlich un-

⁴¹ Ostsee-Zeitung, Rostock, Nr. 65 vom 18. 3. 1954.

⁴² Neuer Tag, Frankfurt/Oder, Nr. 66 vom 19. 3. 1954.

verhüllt: „Die große historische Bedeutung der Produktionsgenossenschaften in der DDR besteht darin, daß mit ihnen begonnen (!) wird, das ökonomische Fundament des Sozialismus in der Landwirtschaft zu legen“, und für jene, die etwas feinere Ohren hatten, fügte er hinzu: „Die Produktionsgenossenschaft ist nur *eine*, wenn auch fortschrittliche Form der Wirtschaft. Sie wird eine große Kraft zum Aufbau des Sozialismus in der DDR sein, wenn die Partei die Führung dieser Sache in die Hand nimmt.“⁴³

Alle Versprechungen und Garantien der Kommunisten aus den ersten Wochen und Monaten der Bodenreform enthüllten sich als schnöde Lüge und Betrug. Nicht der Bauer als „freier Herr auf seiner Scholle“, den Pieck 1945 angekündigt hatte, war das Ziel, sondern von Anfang an war dem Bauernstand das Los der Ausrottung zugesacht, und 1956 war es dann so weit, daß das theoretische Organ der SED, die „Einheit“, es wagen konnte, die Schleier der Täuschung beiseite zu schieben: „Unser Staat der Arbeiter und Bauern kann auf die Dauer nicht auf zwei verschiedenen Grundlagen beruhen, der maschinellen sozialistischen Großindustrie und der rückständigen kleinbäuerlichen Wirtschaft, die ständig kapitalistische Elemente erzeugt.“⁴⁴ Wann werden die Kommunisten so weit sein, endlich auch die verlogene Phrase von ihrem angeblichen „Staat der Arbeiter und Bauern“ fallen zu lassen?

Die Orgel - die Königin der Instrumente

JOSEPH RUSTER

Die Orgel hat als einziges Musikinstrument — vom Harmonium als Orgelersatz sei hier abgesehen — einen ständigen Platz in unseren Kirchen, in den evangelischen wie in den katholischen und in den Gottesdiensträumen anderer Glaubensgemeinschaften. Kann man sich überhaupt vorstellen, daß ein anderes Instrument „berufener“ oder „würdiger“ sein könnte als die Orgel, die heiligen Gesänge oder die Choräle zu unseren Gottesdiensten zu intonieren und zu begleiten? Und welcher Instrumentenklang könnte festlicher, majestätischer, erhabener und ewigkeitsnäher sein als der einzigartige Klang der Orgel? Weder der Klang irgendeines anderen einzelnen Instrumentes noch der des Orchesters. Unwillkürlich werden die Gedanken bei diesen Überlegungen auch auf die Besonderheit und die unbeschreibliche Einmalig-

⁴³ Chronologische Materialien zur Geschichte der SED, S. 331 und 332.

⁴⁴ Franz Mellentin, Zu einigen Fragen der IV. LPG-Konferenz, in: *Einheit*, Ostberlin, Heft 2/1956.